



Ein Grüner Investitionspakt für nachhaltige Wirtschafts- und Haushaltspolitik

Europa wird die Krise nur dann erfolgreich überwinden, wenn die wirtschaftliche und politische Integration verantwortlich, solidarisch und auf der Grundlage gemeinsamer Regeln vorangetrieben wird. Die Verbesserung der Lebensqualität der europäischen Bürger muss wieder ins Zentrum europäischer Politik gerückt werden. Exzessive wirtschaftliche und finanzielle Ungleichgewichte müssen abgebaut werden, was sowohl den Abbau öffentlicher als auch privater Schulden miteinschließt. Blinde Haushaltskürzungen in allen Mitgliedstaaten haben die Krise eher verschärft als gelöst. Die kurzfristigen Kürzungen schaden Menschen überall in der EU und entziehen wichtigen öffentlichen Diensten die notwendige Finanzierung - sei es bei Krankenpflege, Sozialleistungen, Infrastruktur oder Bildung.

Europa braucht einen Grünen Investitionspakt, der gleichzeitig wirtschaftliche Potenziale steigert und eine nachhaltige Entwicklung sicherstellt und den Krisenländern so eine klare Perspektive und genügend Zeit gibt, um ihre Volkswirtschaften auf Vordermann zu bringen. Der Pakt soll in erster Linie durch EU-Eigenmittel, Steuereinnahmen und Umschichtung von Ausgaben finanziert werden. Der Schwerpunkt des Pakts liegt auf Energie- und Ressourceneffizienzsteigerungen, die mehr Beschäftigung schaffen, die Einkommensgleichheit steigern und so den Menschen in der EU und der Umwelt dienen.

1. Gemeinsame Haushaltspolitik für eine nachhaltige Konjunktur

Die EU braucht ein stabiles haushaltspolitisches Umfeld und gemeinsame Instrumente für ökologisch verantwortliche Investitionen. Dieser Ansatz Bekenntnis zu fairer Besteuerung auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten.

a) Ein europäisches Bekenntnis für mehr Investitionen

- *Investitionen nachhaltig sicherstellen.* Die Europäische Kommission soll einen Vorschlag für ein nachhaltiges Investitionsinstrument in der Eurozone vorlegen, das in den kommenden zehn Jahren ein privates und öffentliches Investitionsvolumen von jährlich 1% des BIP zur Verfügung stellt. Dies beinhaltet eine Erhöhung des Eigenkapitals der Europäischen Investitionsbank (EIB) und Projektanleihen für nachhaltige Infrastrukturprojekte.

- *Grüne Arbeitsplätze durch das EU Budget fördern.* Das EU-Budget soll zu einer Triebkraft für europäische Investitionen werden. Eine Erhöhung des EU-Budgets um 5% und mehr grüne Maßnahmen im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen der EU soll Investitionen in nachhaltige Entwicklung fördern, hochwertige Arbeit schaffen, insbesondere für Jugendliche, und Kleine und Mittlere Unternehmen fördern.

Die Effektivität der EU-Fördermittel soll gesteigert werden durch eine verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Sozialpartner und lokaler Akteure, aber auch durch erweiterte Kompetenzen der EU in der Überwachung und Korrektur bei Missbrauch der Mittel. Es muss sichergestellt werden, dass bereits zugesagte EU-Fördermittel ordnungsgemäß und vollständig genutzt werden. Das BIP sollte weiterhin das

Hauptkriterium zur Bedarfsermittlung von Regionen bleiben, aber muss durch weitere Indikatoren ergänzt werden.

b) Faire Besteuerung

- *Den Finanzsektor besteuern und die entstehenden Einnahmen effektiv nutzen.* Die Finanztransaktionssteuer muss rasch in der EU eingeführt werden, entsprechend den Vorgaben der Europäischen Kommission. Der Hauptanteil der Einnahmen soll dem EU-Budget zufließen, um so die Hebelwirkung der EIB-Kredite zu vergrößern, Entwicklungsbudgets zu stärken und den Kampf gegen und die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Der verbleibende Teil soll den Mitgliedstaaten zugute kommen und so die nationalen Konsolidierungsbemühungen unterstützen. Sollte der politische Widerstand einzelner Mitgliedstaaten die Einführung auf europäischer Ebene unmöglich machen, fordern wir eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ländern, die bereit sind, die Steuer einzuführen.

- *Schlupflöcher in nationalen Steuersystemen schließen.* Ein faires Konjunkturpaket benötigt weitere Steuereinnahmen. Studien schätzen den Wert der Schlupflöcher in europäischer Gesetzgebung auf €1 Billion. Um die Schlupflöcher zu schließen, muss der automatische Austausch von Steuerinformationen zwischen nationalen Behörden möglich werden (wie in der (vom Rat blockierten Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften vorgeschlagen). Außerdem muss eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) eingeführt werden, gepaart mit Mindeststeuersätzen. Auch der Mehrwertsteuerbetrug muss eingedämmt werden - genauso wie andere Formen des Steuerbetrugs und der Steuerhinterziehung. Effektive Steuerhebung muss Vorrang haben vor dem Bankgeheimnis. Zusätzliche Einkünfte können zudem die Steuerlast auf den Faktor Arbeit verringern.

- *Anreize schaffen für nachhaltige Investitionen und Energieeinsparungen.* Mitgliedstaaten können Investitionen in nachhaltige Entwicklung lenken, indem sie Steueranreize für Energieeinsparungen mit Steuererhöhungen auf Energieverbrauch kombinieren. Schweden generiert bereits Steuereinnahmen in Höhe von 0,8% seines BIPs durch die Besteuerung von Emissionen, die nicht vom Europäischen Emissionshandel erfasst werden. Gleichzeitig müssen umweltschädliche Subventionen auf allen Ebenen abgeschafft werden, auf der Grundlage eines verlässlichen Fahrplans.

c) Bessere Bedingungen für die Refinanzierung der Staatshaushalte

- *Staatshaushalte stabilisieren durch die Vergemeinschaftung nationaler Schulden und die Ausgabe europäischer Anleihen.* Die EU braucht einen Fahrplan zur Einführung von Eurobonds, der in einem ersten Schritt die Einführung eines Schuldentilgungsfonds beinhaltet. Aufgabe des Schuldentilgungsfonds soll die gemeinsame Haftung für all jene Schulden sein, die 60% des BIPs der betroffenen Staaten übersteigen. Darüber hinaus besteht Bedarf an der Einführung kurzfristiger Eurobonds, sogenannte Eurobills, und einer genauen Abstimmung der nationalen Schuldenausgabe.

- *Schaffung eines glaubwürdigen Schutzwalls.* Der derzeitige Höchstbetrag des finanziellen Schutzwalls der Eurozone reicht nicht aus. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sollte eine Banklizenz erhalten, damit er als Verleiher in letzter Instanz (lender of last resort) fungieren kann. So kann er direkten Zugriff auf eine Kreditlinie der EZB erhalten und die Aufgabe Krisenbanken direkt zu stützen. Jede Bank, die Hilfen erhält, gehört unter die direkte Aufsicht der europäischen Bankenbehörde (EBA).

d) Förderung der Realwirtschaft durch Banken

- *Den europäischen Bankensektor stabilisieren.* Die Unfähigkeit der Banken, die Risiken ihres Geschäftsmodells realistisch einzuschätzen, ist eine der Hauptursachen für die Krise und verschärft die Lage in den Krisenländern. Der Vertrauensverlust in die Stabilität der Banken in Krisenländern hat zum massiven Abzug von Spareinlagen geführt, der diese

Institute weiter schwächt - allen voran in Griechenland. Um diesem Problem zu begegnen, müssen dringend strenge Regeln zur Versicherung von Bankeinlagen eingeführt werden, genauso wie ausreichende Eigenkapitalanforderungen, Regeln zur Art und Höhe von Bankschulden und zur Bezahlung im Bankensektor. Wenn Banken zu groß werden, um gerettet werden zu können, werden sie zu einem untragbaren und unverantwortbaren Risiko.

- *Kreditvergabe an die Realwirtschaft steigern.* Banken müssen die Realwirtschaft mit ausreichenden Krediten versorgen - in guten wie in schlechten Zeiten. Trotz gigantischer, langfristiger Kredite der EZB waren die europäischen Banken entweder nicht Willens oder nicht in der Lage, die Kredite an Unternehmen weiterzugeben. Steuergeld muss in Zukunft nur noch unter strengen Bedingungen ausgegeben werden. Das schließt die strenge Beschränkung von Boni und Dividendenzahlungen ein; die betroffenen Banken müssen das Geld dorthin leiten, wo es den größten Nutzen für die Gesellschaft erzielt.

2. Nachhaltige Strukturreformen zur Stärkung der Europäischen Wirtschaft

Jede Krise ist eine Gelegenheit für Veränderungen zum Besseren. Die EU muss diese Krise nutzen, um entscheidende Schritte in Richtung nachhaltiger Reformen machen, so dass nicht nur finanzielle Schulden, sondern auch soziale und ökologische Schulden abgebaut werden.

a) Wettbewerbsfähigkeit durch Umweltschutz steigern

- *Umweltgesetzgebung zur Förderung von Innovation.* Die Verringerung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen von 20% auf 30% bis zum Jahr 2020 kann bereits durch eine geringe Steigerung der Forschungsausgaben in Europa erzielt werden. Ein Teil dieser Kosten wird bereits von Privatunternehmen getragen. Je früher das Ziel der Ausstoßminderung festgelegt wird, desto leichter lässt es sich in die Planung europäischer Unternehmen einbeziehen - und ihnen so erlauben, weltweit zu Marktführern in energiesparenden und ressourcenschonenden Produkten und Prozessen zu werden. Strenge Umweltauflagen haben in der Vergangenheit vielen innovativen Technologien zum Durchbruch und europäischen Unternehmen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit verholfen.

- *Eine ehrgeizige Ressourcen-Effizienz Richtlinie zur Verringerung der Bilanzdefizite.* Starke Abhängigkeit von Ölimporten sorgt für einen Großteil der Handelsbilanzdefizite in verschiedenen Mitgliedstaaten (100% in Spanien, 63% in Italien in Q3 2011), oder würden dafür sorgen, sobald die Konjunktur sich normalisierte (vor allem in Griechenland). Energieeffizienzmaßnahmen könnten so erheblich zum makroökonomischen Gleichgewicht innerhalb der EU beitragen. Außerdem führen geringere Energieausgaben für Privathaushalte zu mehr sozialer Gerechtigkeit und sind ein direkter Beitrag zur Armutsbekämpfung.

- *Netzwerke für gegenseitiges Lernen zwischen Unternehmen ausbauen und Wettbewerbsfähigkeit mit umweltfreundlichem Ansatz stärken.* Industrie-Cluster und Netzwerke für gegenseitiges Lernen stärken die innovativen Fähigkeiten europäischer Unternehmen in Schlüsselmärkten. Synergien im Industriesektor soll mit einem Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit gefördert werden.

b) Mehr Beschäftigung durch Energie- und Ressourceneffizienz

- *Beschäftigung fördern durch Energie- und Ressourceneffizienz.* Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten politischen Herausforderungen in der Krise, insbesondere angesichts der Jugendarbeitslosigkeit, die in manchen Mitgliedstaaten 50% übersteigt. Einer Studie des Bundesumweltministeriums zufolge können bis zu 6 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden durch eine Steigerung des Ziels zur Emissionssenkung von 20% auf 30% bis 2020. Die Europäische Kommission geht sogar davon aus, dass bis zu 10,7 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen entstehen, wenn die

politischen Möglichkeiten in diesem Bereich voll ausgeschöpft werden. Der Ausbau von intelligenten Stromnetzen spielt hierbei eine Schlüsselrolle: Durch ihn werden direkt Arbeitsplätze geschaffen und er dient als Katalysator für die Energiewende. Diese Impulse können dazu dienen, das Versprechen einer "Europäische Jugendgarantie" umsetzen, die jugendlichen Arbeitssuchenden garantiert, innerhalb von vier Monaten ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle, ein Praktikum oder ein duales Fortbildungsangebot zu bekommen.

- *Nachhaltige öffentliche Auftragsvergabe fördern.* Die Schaffung und Umsetzung von Regeln für ökologische und soziale Kriterien in öffentlicher Auftragsvergabe sind eine weitere Maßnahme, nachhaltige Beschäftigung und Innovation zu fördern. Öffentliche Auftragsvergabe trägt 16% zum europäischen BIP bei. Verbesserte Regeln werden es Behörden erleichtern, nach ökologischen und sozialen Kriterien auszuschreiben.